

Krieg und Klima

Abgesehen vom Alter der Aktiven haben die Friedensbewegung und »Fridays for Future« viel gemeinsam. Aber durchschauen die Jüngeren die Grünen?

Claudia Wangerin

Beide Bewegungen machen sich Sorgen um die Zukunft der Menschheit – und beide bekommen sinngemäß immer mal wieder zu hören: »Aber die Arbeitsplätze! Aber die Wirtschaft!« Die Rede ist von der Friedensbewegung, die an der Produktion von Kriegswaffen nichts Gutes finden kann, und den Jugendlichen von »Fridays for Future«, kurz FFF, die der deutschen Autoindustrie, den Billigairlines und der Kohlelobby in die Suppe spucken.

Das Durchschnittsalter der jeweils Aktiven liegt Jahrzehnte auseinander. Viele der Teenager, die freitags dem Unterricht fernbleiben, um für effektiven Klimaschutz auf die Straße zu gehen, haben vermutlich Eltern, die jünger sind, als durchschnittliche Teilnehmer der traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung in den letzten Jahren. 2019 haben allerdings in manchen Städten schon frisch politisierte »Schulschwänzer« von FFF die Ostermärsche verjüngt.

Greta und Mächtigen

Doch in Teilen der Friedensbewegung gibt es nach wie vor Skepsis gegenüber den Jugendlichen, die dem Beispiel der 16jährigen Greta Thunberg aus Schweden folgen. Der wesentliche Grund für die Vorbehalte sind aber nicht die jungen Klimaschützer selbst, sondern ein historischer Verrat an der Friedenspolitik, der schon 20 Jahre zurückliegt und seither mit wechselnder Intensität fortgeschrieben wird. Begangen wurde er von den Grünen, die sich vor der diesjährigen Europawahl erfolgreich des FFF-Themas bemächtigten.

Greta Thunberg selbst will außer rechten Hetzern, die sie beispielsweise »Kröta« nennen und mit sexistischen Fotomontagen im Netz verunglimpfen, zwar niemand einen Vorwurf machen. Häufig wird sie aber als reine Marionette dargestellt. Kritisiert wird neben dem Personenkult der angebliche »Missbrauch« des 16jährigen »Kindes« durch Eltern und andere mutmaßliche Strippenzieher – weit weniger wird angeprangert, dass viele Mütter und Väter in Deutschland wesentlich jüngeren Kindern Ritalin verschreiben lassen, um deren schulische Leistungen zu steigern, damit sie reibungslos in diesem System funktionieren. Ein gewisser Neid älterer Aktivisten verschiedenster Bewegungen auf das Mädchen, das so viel mehr Aufmerksamkeit bekommt, ist nicht auszuschließen.

Berechtigt ist die Frage, warum Politiker und Konzernchefs zuließen, dass die damals noch 15jährige, die anfangs ganz allein jeden Freitag vor dem schwedischen Parlament gesessen hatte, seit Ende 2018 auf wichtigen Konferenzen wie dem Weltwirtschaftsforum in Davos spricht und ihnen regelmäßig den Kopf wäscht. Naheliegende Erklärung: Sie dachten, die blutjunge Aktivistin ließe sich mit solchen Auftrittsmöglichkeiten zum Feigenblatt machen, würde tief beeindruckt für das Rederecht danken, sich von den Mächtigen versichern lassen, dass sie das Problem »sehr ernst« nehmen – und ihnen glauben, dass ein umweltverträglicher Kapitalismus möglich ist, wenn auch nicht von heute auf morgen. Doch die inzwischen weltweit bekannte Schwedin fuhr bisher nie beruhigt nach Hause, sondern verwies immer wieder auf die knapper werdende Zeit, rückte keinen Millimeter von ihren Forderungen ab und stellte sogar den Kapitalismus in Frage: »Wenn es unmöglich ist, Lösungen im bestehenden System zu finden, sollten wir das System an sich ändern«, sagte sie im

Dezember 2018 beim UN-Klimagipfel im polnischen Katowice. Immer wieder taucht der Spruch »System Change not Climate Change« (Systemwechsel statt Klimawandel) auf Schildern und Transparenten der Bewegung auf.

Freudentränen und Häme

Als Mitte März weltweit fast zwei Millionen Menschen dem Aufruf von »Fridays for Future« zum »Klimastreik« gefolgt waren, reichten die Reaktionen von Linken und Friedensbewegten in Deutschland von Tränen der Freude bis zu Ärger über die angebliche »Vorfrontorganisation der Grünen«, die so viele Menschen auf die Straße gebracht hatte.

Die FFF-Demonstranten wollen, dass die Pariser Klimaschutzziele eingehalten werden, was unter anderem heißt, dass bis spätestens 2030 aus der Kohleverstromung ausgestiegen werden muss. Bei der EU-Wahl im Mai profitierten aber in Deutschland vor allem die NATO-affinen Grünen davon, dass der menschengemachte Klimawandel seit Anfang des Jahres Topthema ist. Einige Wählerinnen und Wähler scheinen davon ausgegangen zu sein, dass bei den Grünen drin ist, was draufsteht.

Teils mit Sympathie und Sorge, teils frustriert blicken daher Veteranen der Friedensbewegung auf die »Generation Greta«, die ständig Instrumentalisierungsversuchen ausgesetzt ist – und nicht erlebt hat, wie die Grünen als Koalitionspartner der SPD den ersten Krieg mit direkter deutscher Beteiligung seit 1945 ermöglichten. Einige Grüne traten damals aus ihrer Partei aus – andere blieben mit »großen Bauchschmerzen«.

Die deutsche FFF-Aktivistin Luisa Neubauer war knapp drei Jahre als, als der grüne Außenminister Joseph Fischer 1999 die Luftangriffe auf Jugoslawien mit den Worten »Nie wieder Auschwitz« rechtfertigte. Die damalige Behauptung, in einem Fußballstadion in Pristina sei ein Konzentrationslager eingerichtet worden, entpuppte sich später als Lüge – ein dunkler Punkt in der Geschichte der Grünen und der Republik insgesamt. Es war nicht gerade das, womit die Partei um Mitglieder warb, als Neubauer später der Grünen Jugend beitrug.

Verantwortung statt Hybris

Zwar gibt es durchaus ehrliche Antifaschisten bei den Grünen – allerdings hindern auch zahlreiche Enthüllungen über rechte Umtriebe bei der Bundeswehr die Parteispitze nicht, diese Armee immer wieder in ferne Länder schicken zu wollen. Anfang August forderte Grünen-Chef Robert Habeck eine europäische Militärmission mit deutscher Beteiligung am Persischen Golf. Im Juni hatte sein Amtsvorgänger Cem Özdemir medienwirksam ein Praktikum am Bundeswehr-Standort Munster absolviert, sich in Uniform fotografieren lassen und für die Dauer der Wehrwoche sogar den Dienstgrad eines Oberstleutnants erhalten. »Özdemir reicht«, antwortete er im Anschluss auf die Frage der Taz, ob man ihn nun mit »Herr Oberstleutnant« ansprechen müsse.

Aus dem Europawahlkampf hatten die Grünen ihre Vorliebe für Kriegseinsätze tunlichst herausgehalten. Sie ließen sogar Plakate mit Friedenstauben drucken und spekulierten darauf, wie zur Zeit ihrer Gründung als Umwelt- und Friedenspartei wahrgenommen zu werden – sowie als Partei »gegen rechts« in Zeiten des AfD-Gepolters. Die Rechnung ging auf – die Grünen erzielten das beste Ergebnis ihrer Geschichte.

Für die ehemalige Friedenspartei hat »deutsche Verantwortung« inzwischen eine starke militärische Komponente – man will der Bevölkerung anderer Länder zeigen, was Freiheit und Demokratie ist, und das notfalls mit bewaffneten Soldaten. Wenn dagegen bei »Fridays for Future« von einer Verantwortung Deutschlands gesprochen wird, geht es darum, dass wirtschaftlich starke Länder in Sachen Klimaschutz eine Vorbildfunktion übernehmen müssen, statt zu erwarten, dass Schwellenländer dies tun. Es ist eine Antwort auf die Ausrede, die Bundesrepublik könne gegen den Klimawandel »alleine nichts machen« – und eine Aufforderung an Entscheidungsträger, dafür zu sorgen, dass von deutschem Territorium keine grenzübergreifende Schädigung der Natur ausgeht. Also das genaue Gegenteil der Hybris, mit der führende Grünen-Politiker sich selbst und die Bundeswehr als Zivilisationsbringer für andere Teile der Welt in Stellung

bringen wollen. Letzteres kritisieren die FFF-Jugendlichen zwar für den Geschmack der Friedensbewegten zu wenig, aber haftbar gemacht werden können sie dafür nicht.

»Plan für die Zukunft«

Zur Ehrenrettung von »Fridays for Future« muss immer wieder betont werden, dass die Bewegung nicht zur Wahl der Grünen aufruft. Vor der Abstimmung über das EU-Parlament war die FFF-Sprachregelung, zur Wahl von Parteien aufzurufen, die »einen Plan für die Zukunft haben« – mehrfach hatten sich die Aktiven auch mit Vertretern der Partei Die Linke getroffen. Hinzu kommt, dass viele der jungen Klimaschützer selbst noch gar kein Stimmrecht haben. Unter ihnen sind bereits Zwölfjährige; viele Reden werden von 15- bis 18jährigen gehalten.

Luisa Neubauer ist heute mit 23 eine der älteren Aktivistinnen bei »Fridays for Future«. Sie gehört zum deutschen Organisationsteam der Bewegung, wurde schon mehrfach in Talkshows eingeladen. Und ja, sie ist Mitglied der Grünen. Im Frühjahr zeigte sie sich allerdings von ihrer Partei enttäuscht – nicht explizit wegen deren Außenpolitik, sondern im Zusammenhang mit ihrem eigenem Schwerpunktthema, dem Klimaschutz. Daran arbeite zur Zeit keine Partei im Bundestag ambitioniert genug, auch ihre nicht, sagte Neubauer Mitte Mai der Saarbrücker Zeitung – rund zwei Wochen vor der EU-Wahl.

Nach der Abstimmung wehrte sich die Kölner Ortsgruppe von »Fridays for Future« entschieden gegen den Vereinnahmungsversuch des grünen EU-Parlamentariers Sven Giegold, der als erfolgreicher Spitzenkandidat erklärt hatte, dies sei ein »Sunday for Future« gewesen. »Wir sind eine überparteiliche Bewegung und möchten nicht, dass diese für Wahlkampf oder jegliche Form von Parteiwerbung genutzt wird«, erklärte die Gruppe. Erst recht nicht von einer Partei, die Abschiebungen mitorganisiere, Hartz IV mitbeschlossen und »an vielen Stellen klimaschädliche Politik mitgetragen« habe, weil sie nicht bereit sei, »sich mit Kapitalinteressen anzulegen«, hieß es in dem Statement vom 29. Mai.

Eine ausführliche Imperialismusanalyse, die von der Jugendbewegung weltweit mitgetragen wird, wäre zuviel verlangt. Einen Zusammenhang, den auch die Mehrheit bei »Fridays for Future« sehen dürfte, thematisiert aber zur Zeit verstärkt die Umweltorganisation Greenpeace: »Entweder man tut alles dafür, dass wir eine bewohnbare Erde behalten, oder man baut cloudbasierte Kampffjetsysteme, die uns die Unsicherheiten einer unbewohnbaren, chaotisch gewordenen Welt vom Hals halten«, schrieb Benjamin Borgerding am 28. Juni im Greenpeace-Magazin. »Die meisten Mediziner wären der Meinung, dass keine Grippe zu bekommen der nachträglichen Behandlung ihrer Symptome vorzuziehen ist. Beim planetaren Fieber handeln wir genau andersrum.«

»Größter Umweltzerstörer«

Die Debatte um die Finanzierung der nötigen Energie- und Verkehrswende hat längst begonnen – und aus dem umfangreichen Forderungspaket von FFF haben diverse Spitzenpolitiker erst mal die CO2-Steuer aufgegriffen. Für politisch erfahrene Menschen war diese Rosinenpickerei vorhersehbar. Frisch politisierte Jugendliche konnten aber die Gefahr unterschätzen, dass dadurch ihre wichtigsten Forderungen – darunter der Kohleausstieg bis 2030 – in den Hintergrund geraten. Selbst Teile der Linken nehmen sie als Bewegung »für eine neue Steuer« und als kleinbürgerliche Moralisten wahr. Manchmal wird ihnen voller Verbitterung schon jetzt die Schuld an zukünftigen Härten für die »kleinen Leute« gegeben – obwohl sie einen Sozialausgleich gefordert haben. Auf der Pressekonferenz von »Fridays for Future« im Berliner Naturkundemuseum war die Rede von einem »Klimaschutz, der niemanden zurücklässt«. Nur detaillierte Vorschläge zu dessen Ausgestaltung fehlten. Die hätten allerdings auch Jahre zuvor von Erwachsenen kommen können, schließlich hatten Wissenschaftler schon in den 1980er Jahren auf das Problem aufmerksam gemacht, das heute außer der AfD keine Partei im Bundestag leugnet.

Für Friedensbewegte liegt klar auf der Hand, an welcher Stelle gespart werden könnte, um vielleicht jetzt noch

das Ruder noch herumzureißen. »Versteht mich nicht falsch: Umweltschutz kostet auch Geld, erfordert veränderte Gewohnheiten von uns allen, und niemand braucht so zu tun, als hätte er oder sie mit dem Zustand unseres Planeten nichts zu tun. Ich bin allerdings nicht bereit, mich verarschen zu lassen«, schrieb der Friedens- und Umweltaktivist Florian Kirner, auch bekannt als Liedermacher Prinz Chaos, im Juli in seiner Kolumne »Der Narrenkäfig« in der Südthüringer Rundschau. »Der Umweltausgabenetat ist der kleinste von allen im Bundeshaushalt. Lächerliche 2,29 Milliarden Euro gibt der Bund für die Umwelt aus – wobei in diesem Betrag auch noch die Ausgaben für »Nukleare Reaktorsicherheit« versteckt sind. Der Rüstungsetat steht dagegen bei 43,23 Milliarden Euro. Das ist fast das 19fache.«

Noch wird bei »Fridays for Future« nicht offensiv in diese Richtung argumentiert. Aber das könnte sich ändern.

»Auf keinen Fall sollte man die Bewegung ausschließlich kritisieren, dazu noch abwertend und mit verächtlichem Tonfall«, sagt Heinrich Bücken vom Berliner »Anti-War-Café«, auf dessen Internetseite zu lesen ist: »Friedens- und Klimabewegung gehören zusammen. Der militärisch-industrielle Komplex ist global der größte Umweltzerstörer.«

Mit Aktivisten der bundesweiten Initiative »Aufstehen«, in der es nicht nur FFF-Sympathisanten, sondern auch skeptische und genervte Stimmen zu der Jugendbewegung gibt, war Bücken auf deren Demo im Berliner Invalidenpark. Sie hatten Schilder und Transparente mitgebracht, um den Zusammenhang zwischen hohen Rüstungsausgaben, Krieg und Umweltzerstörung aufzuzeigen. Die Resonanz, sagt er, war positiv. Was vielen aus der Friedensbewegung bei »Fridays for Future« zu kurz kommt, lässt sich dort nämlich durchaus einbringen.

<https://www.jungewelt.de/beilage/art/359217>